



**Geschäftsführung
Rechnungsprüfungsausschuss**

Frau Duggan

Telefon: (0221) 221-22928

Fax: (0221) 221-25501

E-Mail: simone.duggan@stadt-koeln.de

Datum: 07.03.2018

Beschlussprotokoll

über die **Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem 22.02.2018, 17:00 Uhr bis 18:45 Uhr, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

I. Öffentlicher Teil

5 Beschlussvorlagen

5.1 Satzung der Stadt Köln über die Errichtung und Unterhaltung von Einrichtungen für obdachlose Personen; Satzung der Stadt Köln über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Einrichtungen für obdachlose Personen 0373/2018

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. die „Satzung der Stadt Köln über die Errichtung und Unterhaltung von Einrichtungen für obdachlose Personen“ in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung (Anlage 1) und nimmt die darin enthaltene Objektaufteilung zustimmend zur Kenntnis.
2. die „Satzung der Stadt Köln über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Einrichtungen für obdachlose Personen“ gemäß Anlage 2 und nimmt die Erhöhung um 15 % der aktuellen Gebühr /(Anlage 3/OH-A) zustimmend zur Kenntnis.

Alternative I:

1. siehe Beschlussvorschlag
2. Wie Ziffer 2 Beschlussvorschlag in Verbindung mit Anlage 3/OH-B. (Erhöhung um 5 %)

Alternative II:

1. siehe Beschlussvorschlag

Wie Ziffer 2 Beschlussvorschlag in Verbindung mit Anlage 3/OH-C.
(Erhöhung kostendeckend)

Abstimmungsergebnis:

zurückgestellt

**5.2 Änderung der Zuständigkeitsordnung - Anpassung der Wertgrenzen für Rats- und Ausschusszuständigkeiten bei Baumaßnahmen, Bedarfsfeststellung
3193/2017**

Beschluss:

Der Rat beschließt die 2. Satzung zur Änderung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln vom 27. Juli 2017 in der als Anlage 2 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Ohne Votum in nachfolgende Gremien.

9.3.1 Gutachten zur Prüfung der Störungen des Projektes Sanierung Bühnen Köln, 2733/2017 (TOP 9.3 und TOP 15.1) AN/0262/2018

Beschluss:

I.

Der Ausschuss nimmt nach intensiver Beratung das Gutachten mit Anlagen und Mitteilungen zur Kenntnis.

II.

Der Ausschuss stellt fest: Die Beauftragung für das o.a. Gutachten folgte über einen Beschluss des Hauptausschusses vom 03.08.2015 zur Aufklärung der Bühnenhavarie, in dem es hieß: „... Die Ursachen für die Verschiebung des geplanten Premierterminals am 07.11.2015 uneingeschränkt aufzuklären, die damit verbundenen Mehrkosten transparent darzulegen sowie die Verantwortlichkeiten aufzuzeigen.“ Zudem folgte ein Ratsbeschluss vom 10.05.2016, in dem der Untersuchungsauftrag ergänzend zum Hauptausschuss-Beschluss festgelegt wird.

Der erteilte Auftrag wurde nicht in allen Aspekten erfüllt. Das Gutachten klärt nicht über das konkrete Zustandekommen des Organisationsversagens und die damit verbundenen Verantwortlichkeiten auf.

III.

Der Ausschuss beauftragt als Konsequenz aus den gutachterlichen Feststellungen:

- a) Die im Gutachten aufgeführten Handlungsempfehlungen in Hinsicht auf ihre praktische Umsetzung im zukünftigen Verwaltungshandeln bei großen Baumaßnahmen zu prüfen und den zuständigen Ratsgremien Leitlinien für das zukünftige Handeln vorzulegen.
- b) Das Verfahren für zukünftige Bauprojekte soll so optimiert werden, dass eine realistische Zeitplanung und größere Kostensicherheit sowie transparente Projektstrukturen und Projektcontrolling gewährleistet werden kann.

IV.

Dieser Beschluss ist zusammen mit dem Gutachten, den zugehörigen Mitteilungen und Anlagen dem Betriebsausschuss Bühnen, dem Bauausschuss, dem Unterausschuss Kulturbauten und dem Finanzausschuss zur Kenntnis gegeben werden.

Abstimmungsergebnis:

Zu Ziffer II:

Mehrheitlich - gegen die Stimme der FDP - Fraktion, Fraktion Die Linke und der SPD-Fraktion – zugestimmt

Zu Ziffer I; III, IV:

Mehrheitlich – bei Stimmenthaltung der FDP - Fraktion – zugestimmt

Gesamter Antrag:

Mehrheitlich - gegen die Stimme der FDP - Fraktion und der SPD-Fraktion – zugestimmt